

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, 8 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Inwieweit Abwesenheiten des Lesers von der Postzustellung unberührt sind, ist dem Abonnenten bekanntzugeben. Im Falle höherer Beweilt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Mittheilungen eingehender Geschäftsleute erfolgt nur, wenn Beleg beiliegt.

Kanzlei: Die Rechtshilfe-Kanzlei 20 Waldstr., die Rechtshilfe-Kanzlei der amtlichen Bekanntmachungen 40 Waldstr., die Geschäfts-Rechtshilfe-Kanzlei im jetzigen Ziele 100 Waldstr., Rechts-Angelegenheiten-Kanzlei 20 Waldstr., die Rechtshilfe-Kanzlei im jetzigen Ziele 100 Waldstr., die Rechtshilfe-Kanzlei im jetzigen Ziele 100 Waldstr., die Rechtshilfe-Kanzlei im jetzigen Ziele 100 Waldstr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten wird durch das Wort 'Telephon' angedeutet. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten wird durch das Wort 'Telephon' angedeutet. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten wird durch das Wort 'Telephon' angedeutet.

Nr. 2. — 84. Jahrgang. — Wilsdruff = Dresden. Sonnabend, den 3. Januar 1925

Und Amerika?

Die Stellung Amerikas zu den Ereignissen in Europa ist, seit Wilson aus Paris 1919 zurückgekehrt ist, immer eine etwas eigenartige gewesen. Wir sprechen hier nicht von den inneren Einstellungen der amerikanischen Politik, Finanz oder Wirtschaft, sondern lediglich von dem äußeren Verhältnis zu den Entwicklungen auf dem Kontinent. Das geht von der Tatsache aus, daß zwar Wilson den Vertrag von Versailles unterschrieben hat, dieses Abkommen aber weder vom amerikanischen Senat noch vom Repräsentantenhaus angenommen worden ist, weil man es ablehnte, sich durch Eintritt in den Völkerbund und Annahme des mit dem Versailler Vertrag aufs innigste verbundenen Völkerbundsstatus zu einer passiven Außenpolitik zu verpflichten, die sich mit den europäischen Verhältnissen beschäftigte und die Bindungen von vielleicht größerer Tragweite enthielt.

Ganz andere Bindungen sind nun aber inzwischen eingetreten, die nun die offizielle und die inoffizielle Politik Amerikas Europa gegenüber in einen fast grotesken Zustand hineingetragen haben. Amerika ist besonders stolz darauf, daß ein Bürger dieses Landes, Dawes, im vergangenen Jahre eigentlich die Neuordnung der unheilbar verfahrenen Zustände in Europa, des Zwistes über die Reparationsfrage herbeigeführt hat. An diese zunächst theoretische Neuordnung knüpften sich dann jene fast täglich härter werdenden Fäden finanzieller Art — die Reparationsanleihe und sehr erhebliche Privatkredite — und wirtschaftliche Bindungen, die nun durch die jüngsten Entschlüsse der Völkerversammlung in Paris durcheinandergewirrt, verwirrt und fast bis zum Zerreißen gespannt werden. Offiziell tut also Amerika nichts, weil ja formell die Streitfrage darum geht, ob Deutschland die Bestimmungen, und zwar besonders die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags ausgeführt hat; was von uns und den Neutralen bejaht, von der Völkerversammlung verneint wird. Das interessiert Amerika offiziell nicht, weil ja die Washingtoner Regierung nicht Träger des Versailler Vertrages ist. Aber inoffiziell interessiert sie die jüngste Entwicklung naturgemäß sehr stark im Hinblick auf diese wirtschaftlich-finanziellen Bindungen, die zu einer starken Investition amerikanischen Kapitals geführt haben und noch führen sollen. Soeben erst ist beispielsweise für Krupp eine Anleihe aufgelegt und fast überzeichnet worden. Gerade Krupp bildet aber bekanntlich in dem Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission einen besonders großen Stein des Anstoßes; man versteht aus der Vergangenheit, warum.

Amerika hat aber einen offiziell-inoffiziellen Hebel gerade Frankreich gegenüber in der Hand; das ist die interalliierte Schuldfrage. Ganz bezeichnend ist es, daß sich zurzeit wieder einmal die Meldungen drängen, die diese Frage behandeln, und daß Coolidge offiziell erklären läßt, er denke gar nicht daran, in der Frage Frankreich gegenüber irgendwelche Konzessionen zu machen. Offenbar aus dem Grunde nicht, weil England — was wenigstens es in London schon amtlich angekündigt worden — dann dieselben Konzessionen seitens Amerikas für sich verlangen würde. Zweiundzwanzigmal hat aber gerade Frankreich erklärt, daß es an der Abtragung seiner Schulden an Amerika nur deswegen verhindert sei, weil Deutschland nicht zahlt. Nun zahlt Deutschland, dem Dawesplan gemäß. Aber Frankreich will immer noch nicht zahlen und Herriot hat sich derart weit vorgewagt, daß er als der Träger dieser jüngsten Politik erscheint, die zu einer schweren Gefährdung der Ergebnisse des Dawesplans führen muß. Denn nicht umsonst steht in dem Plan an der Spitze die Forderung, daß Deutschland seine wirtschaftliche und finanzielle Höhe wieder erhalten soll. Und wenn man dazu noch die Tatsache verzichtet, daß von den Erträgen der Reparationen laut Dawes-Plan auch noch die Besatzungskosten abgezogen werden, ehe diese Erträge nun wirklich produktiven Zwecken zugute kommen, so wird man von Amerika aus die Feststellung treffen können, daß die militärpolitischen Ausgaben Frankreichs die Abtragung der französischen Schuldenlast wieder einmal verhindern, verhindern weitgehend nach französischer Angabe. Hat der Dawes-Plan und seine Forderung, die wirtschaftlich-finanzielle Höhe Deutschlands wieder herzustellen, überhaupt einen Sinn, so mußte das Rudergesteht geräumt werden. Darüber war man sich in London zwischen Staatsmännern und den Bankiers völlig einig. Hat diese Forderung ihren Sinn nicht verloren, so darf man jetzt ihre Erfüllung nicht abhängig machen wollen von rein militärpolitischen Voraussetzungen, für deren Beurteilung es Unparteiliche nicht gibt.

So verliert der Beschluß der Völkerversammlung zur Nichträumung Ähins gegen den Geist und den Willen des Dawes-Plans. Freilich ist es zweifelhaft, ob Amerika gewillt ist, sein Palladium, diesen Dawes-Plan, gegen den Willen der beiden Erstmächtigsten Europas zur Durchführung zu bringen. Bisher ist aber — London bietet dafür ein Beispiel — müssen dafür jetzt wieder andere, inoffizielle, aber stärkere, nämlich finanziell-wirtschaftliche Kräfte die weitere Entwicklung in die Hand nehmen.

Um die Verteilung der deutschen Zahlungen.

Paris, 2. Januar. „Central News“ meldet, daß die englische Antwort auf die amerikanische Note über die Berücksichtigung Amerikas an den deutschen Zahlungen, dem amerikanischen Botschafter in London überreicht wurde. Die Note umfaßt mehrere Seiten und läßt die Tür zu weiteren Verhandlungen offen. Im übrigen stellt die englische Regierung erneut fest, daß Amerika auf Berücksichtigung bei der Verteilung der deutschen Beträge grundsätzlich keinen Anspruch erheben können, weil es den Versailler Vertrag nicht ratifiziert habe. Zum Schluß läßt die Note jedoch durchblicken, daß Schadenersatzansprüche Amerikas in bescheidenem Umfang berücksichtigt werden könnten, wenn sie unter der Rubrik „Besatzungskosten“ gebucht würden.

Der Beschluß der Botschafterkonferenz.

Übermittlung durch die alliierten Botschafter in Berlin.

Paris, 1. Januar.

Über die letzte Beratung der Botschafter wurde folgende offizielle Mitteilung ausgeben:

„Die Botschafterkonferenz hat heute nachmittag den verbündeten Regierungen den Wortlaut der Note überreicht, die sie nach den Instruktionen der verbündeten Regierung für die Mitteilung an Deutschland über die Kölner Zone vorbereitet hat. Die Überreichung dieser Mitteilung wird durch die Vermittelung der alliierten Botschafter in Berlin erfolgen. Die Mitteilung der Botschafterkonferenz wird erst dann veröffentlicht werden, wenn der Schrift der Botschafter in Berlin erfolgt ist.“

„Havas“ teilt mit, daß die Botschafterkonferenz sich ohne Schwierigkeiten über den Text der Note geeinigt habe, die Anfang nächster Woche der deutschen Regierung überreicht wird. Die Mitteilung sei sehr kurz und erkläre mit unwiderlegbarer Klarheit, daß die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar nicht erfolgen könne, weil Deutschland keine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag namentlich hinsichtlich der Entwaffnung offenkundig nicht ausgeführt habe.

Heute Überreichung der Note.

Paris, 2. Januar. Nach Blättermeldungen wird die Note der Botschafterkonferenz voraussichtlich in Laufe des heutigen Vormittags von den verbündeten Botschaftern in der Wil-

Amerika will die Kredite einstellen.

Aus dem Kongreß verlautet, wenn Frankreich aus dem bisherigen Standpunkt in der Schuldfrage verharre, werde in einigen Tagen dem Kongreß eine Entschließung vorgelegt werden, nach der den europäischen Schuldnern keine Anleihe mehr gewährt werden solle, bis diese nicht die Bereitwilligkeit bewiesen hätten, ihren alten Verpflichtungen nachzukommen. Ein derartiger Beschluß binde, so heißt es, Morgan oder andere Privatbanken nicht, aber gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Privatbanken bisher dem Ausland mit Genehmigung der Regierung Anleihen gaben.

Verständigungsmöglichkeiten.

Berlin, 31. Dezember.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann setzte bei einem Empfang der ausländischen Pressevertreter diesen nochmals den deutschen Standpunkt in der Kölner Frage auseinander. Er betonte, wie eng die Räumung der Kölner Zone mit der Ausführung des Dawes-Planes zusammenhänge, wie die verbündeten und zur Beruhigung Europas entschlossenen Leute in Deutschland den Boden unter den Füßen verlieren, wenn nun abermals, durch keine wesentlichen Tatsachen begründet, Sanktionen das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bedrohen. Die bisherigen Angaben über angebliche „Verletzungen“ sind so dürrig, daß kaum ernsthaft davon gesprochen werden kann. Wenn wirklich Einzelheiten angeführt werden könnten, so sind sie Ausschüsse des gerade von der Entente Deutschland aufgezwingenen Systems. Stresemann verlangt statt des offenen Konflikts, dem man auf der Alliiertenseite durch die jetzige Politik zuweilen und der die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den alliierten Ländern auf anderen Gebieten gefährden könnte, Verhandlungen über alle Meinungsverschiedenheiten. Betrage über die Ergebnisse der 1900 Kontrollbesuche, damit die Vorwürfe geprüft werden können. Dann wird sich herausstellen, daß sie viel zu unbedeutend sind, um eine Verständigung zu gefährden.

„Inzwischen“ scheint man auch auf der anderen Seite etwas zu haben, wobei starke und unheilbare Verbissenheit führen kann. Das amtliche französische Bureau Havas veröffentlicht eine Londoner Depesche, in der es nach den üblichen Vorwürfen gegen Deutschland heißt, es unterliege keinem

heimstrahe überreicht werden. Unmittelbar nach der Uebergabe wird das Dokument veröffentlicht werden. Der Weg zu einem Kompromiß bleibt den Blättern zufolge offen. Der „Antragsigeant“ machte das bemerkenswerte Eingeständnis, daß die Drohung Deutschlands, den Sachverständigenbericht unter Umständen zum Scheitern zu bringen (?), ihre Wirkung auf die Verbündeten nicht verfehlt habe. (Gewiss ist wohl der Hinweis auf die Politik der Entente, die geeignet sei, den Dawes-Plan ernstlich zu gefährden.

Belgische 50 Millionen-Dollar-Anleihe.

Brüssel, 2. Januar. Das „Journal Officiel“ verzeichnet ein Dekret, wonach das Finanzministerium ermächtigt wird, unter gewissen noch festzusetzenden Bedingungen eine Anleihe in den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Die Rückzahlung der Anleihe soll spätestens nach dreißig Jahren erfolgen. Sie beläuft sich auf fünfzig Millionen Golddollar, der Zinsfuß ist 6 v. H.

Die Note Jugoslawiens an den Völkerbund.

Belgrad, 1. Januar. Ministerpräsident Rinkjisch hat dem Sekretariat des Völkerbundes auf die Beschuldigungen des früheren albanischen Ministerpräsidenten Fa-Noli, daß Jugoslawien die letzte Revolution in Albanien vorbereitet und unterstützt hätte, geantwortet. Die Note ist in äußerst scharfem Tone gehalten und erklärt, daß die Beschuldigungen Fa-Nolis im diplomatischen Verkehr derart ungewöhnlich sind, daß die jugoslawische Regierung auf diese überhaupt nur aus Rücksicht auf den Völkerbund antwortet. Die jugoslawische Regierung weist alle Beschuldigungen Fa-Nolis kategorisch als böswillige Erfindungen zurück und lenkt die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die offizielle Erklärung des neuen albanischen Ministerpräsidenten, der als Grund für die letzte Revolte in Albanien den Fehler der Regierung Fa-Noli angibt.

Neuer politischer Mord auf dem Balkan

Belgrad, 2. Januar. Gestern wurde in Ueslup der Komitatschef Stogan Milevic von einem Abgesandten der mazedonischen Revolutionäre-Organisation namens Ckenovic erschossen.

Zweifel, daß Deutschland, wenn es seinen militärischen Verpflichtungen nachkomme, Anspruch auf die Räumung habe. Fürder solle die von der in Paris tagenden Botschafterkonferenz nach Berlin zu sendende Note Klarheit bringen. Das klingt schon einigermaßen nach Verhandlungswillen, zumal gleichzeitig bekannt wird, die Note werde keine Aufzeichnung von Besetzungen enthalten. Der deutsche Botschafter von Hoersch in Paris hat eine längere Unterhaltung mit Herrn Herriot gehabt und ihn über die politische Lage in Deutschland informiert. Jedenfalls ist die allgemeine Meinung die, daß die Note keinen ultimativen, sondern nur einen vorläufigen Charakter tragen werde und die Tür zu Verhandlungen offen lassen soll. Also dasjenige, was man in Deutschland von Anfang an verlangt hat.

Aus den in Frage stehenden Gebieten im Rheinland sind zahlreiche Entschlüssen an die Reichsregierung gelangt, die terminmäßige und regelrechte Bekretung von der fremden Besatzung für unentzählich halten.

Nach Rufister — die Barmats.

s. Berlin, 31. Dezember.

Wenn man am Morgen erwacht und einen Blick in die auf dem Frühstücksstisch liegende Zeitung wirft, fragt man sich jetzt immer zuerst, wer wohl in der vorigen Nacht oder am vorigen Abend in der Rufister-Affäre verhaftet worden sein mag. Denn es ist in der vorigen Nacht oder am vorigen Abend in dieser zum Himmel sinkenden Affäre immer einer verhaftet worden, meist sogar mehr als einer. Heute hat man z. B. gleich vier Mann auf einen Hieb festgenommen. Und was für welche! Die Verhafteten sind die Brüder Julius, Salomon und Hermann Barmat und ein Sohn des Julius Barmat, allesamt Begründer und Inhaber des vielgenannten millionenschweren Barmat-Kongzerns Berlin-Amsterdam. Ein vierter Barmat-Bruder wird noch gesucht; er ist augenblicklich irgendwo auf der Jagd und weiß noch nicht, daß der Staatsanwalt auf ihn selbst Jagd macht. Die Barmats und die Rufisters standen in intimsten Geschäftsbeziehungen zueinander, und die Schleichwege führten dann irgendwo in die Preussische Staatsbank.

Das alles aber ist Sache der Staatsanwaltschaft, und das Strafgesetzbuch mit seinen vielen Paragrafen wird der Gesellschaft schon beikommen. Aber es wäre da noch